



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

IV. Der österreichisch-russische Konflikt

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

Aktionsprogramm vom 24. Juli (Französisches Gelbbuch Nr. 22) mit seiner serbenfreundlichen, europäisierenden, gegen die Mittelmächte gerichteten Tendenz in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Vollständigkeit halber sei jedoch eine Anregung erwähnt, die der französische Botschafter in Berlin am 29. Juli gemacht hat. Als bei einer Aussprache mit Jagow die Rede auf Sicherheiten für die Verwirklichung der serbischen Versprechungen kam, schlug er anstelle der Kontrolle einer einzelnen Macht, d. h. Österreich-Ungarns, die einer internationalen Kommission vor, nach dem Muster der Finanzkommission in Athen (Französisches Gelbbuch Nr. 92). Jules Cambon hat nicht berichtet, wie der Staatssekretär seine Anregung aufnahm. Jedenfalls war sie viel zu bedeutungslos, um nach Beginn der russischen Mobilmachung noch beachtet zu werden. Die Pariser Regierung hat den Vorschlag, der vielleicht auf ein Telegramm Vivianis vom 24. Juli zurückzuführen ist*), nicht weiter verfolgt, keines der Farbbücher erwähnt ihn überhaupt, in der Literatur blieb er unbeachtet, selbst die Pariser Schuldkommission ist nicht auf ihn zurückgekommen. Nur in der Note, mit der der Feindbund am 30. Dezember 1916 den Friedensvorschlag vom 12. Dezember zurückwies, wird unter den vielen Sünden, die Deutschland vorgehalten werden, auch die Ablehnung des französischen Vorschlags einer internationalen Kommission aufgezählt. Der Vorwurf ist jedenfalls nicht ernst gemeint, sonst wäre er auf der Friedenskonferenz wiederholt worden.

IV. Der österreichisch-russische Konflikt

1. Direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg

Die deutsche Regierung erwartete die Beilegung des drohenden österreichisch-russischen Konfliktes von den direkten Besprechungen, die der russische Minister des Äußern am 26. Juli unter Aufgabe seiner ursprünglichen, unversöhnlichen Haltung im Anschluß an seine Unterredungen mit dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Botschafter vorgeschlagen hatte. Sasonow hat später erklärt, daß er diese Anregung Pourtalès' Rate verdanke (Englisches Blaubuch Nr. 78, vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238**).

*) Siehe Poincaré, a. a. O., S. 213.

***) Grey hatte bereits am 20. Juli in einem Telegramm nach Petersburg erklärt, daß im Falle von Verwicklungen eine direkte Aussprache zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wünschenswert sei (Oman, S. 18). Am 23. Juli empfahl er sowohl Mensdorff wie Benckendorff den direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 59, Englisches Blaubuch Nr. 3, Oman, S. 18).

Deutscherseits war allerdings wohl nicht bekannt, daß Sasonow in seinem Telegramm nach Wien (Russisches Orangebuch Nr. 25) das Ansinnen gestellt hatte, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg zu ermächtigen, gemeinsam mit ihm „einige Artikel der Note vom 23. Juli umzuarbeiten“*). Sonst würde man in Berlin wohl keine großen Hoffnungen an diese Besprechungen geknüpft haben. Daß die Wiener Regierung in eine Abänderung der von ihr gestellten Forderungen gemäß den nicht näher bezeichneten Wünschen Sasonows einwilligte und damit Rußland zum Richter in ihrem Streit mit Serbien einsetzte, war nicht zu erwarten. Hingegen wäre eine Verständigung über die Wahrung berechtigter Interessen Rußlands bei der Durchführung der österreichisch-ungarischen Aktion sehr wohl möglich gewesen. In diesem Sinne wurde auch der russische Vorschlag am 27. Juli deutscherseits nach Wien weitergegeben (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238, 277) und am 28. Juli nach Petersburg mitgeteilt, man hoffe, daß Österreich-Ungarns territoriale Desinteressesmentserklärung Rußland genügen und als Basis für weitere Verständigung dienen werde (Deutsche Dokumente Nr. 300).

In Wien war man aber, wie heute bekannt ist, fest entschlossen, unter allen Umständen es zum Kriege gegen Serbien kommen zu lassen. Am 28. Juli erfolgte die Kriegserklärung, und am gleichen Tage lehnte die österreichisch-ungarische Regierung es nicht nur ab, ihre Note vom 23. Juli zu erörtern oder abzuändern, sondern auch über den Wortlaut der serbischen Antwort zu verhandeln (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 95, Russisches Orangebuch Nr. 45). Österreich-Ungarn hatte aber seit der Erklärung Berchtolds vom 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 23) wiederholt sich bestrebt gezeigt, Rußland über seine Absichten gegen Serbien zu beruhigen und eine Verständigung über sein Vorgehen herbeizuführen. Am 25. Juli wurde der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg angewiesen, zu erklären, daß die Monarchie in Serbien keine eigennützigen Motive verfolge, keinen territorialen Gewinn anstrebe**) und auch die Souveränität Serbiens nicht anzu-

*) Sasonow meinte, „auf diese Weise würde es vielleicht gelingen, eine Formel zu finden, die für Serbien annehmbar wäre und gleichzeitig Österreich in den wichtigsten Forderungen Genugtuung geben werde“. Er wollte also selbst darüber entscheiden, was Serbien annehmen könne!

**) Berchtold hat allerdings von dem Verzicht auf Annexionen, den Tisza im Ministerrat vom 19. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 26) durchgesetzt hatte, nicht den zu erwartenden vollen Gebrauch gemacht. Nicht allein Tisza glaubte, daß dies Moment die Spannung mildern werde, vor allem legte die deutsche Regierung ihm große Bedeutung bei (Deutsche Dokumente Nr. 198, 199, 200, 219, 279, 300, 307, 380), und auch der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg hoffte mit ihm zu Ergebnissen zu gelangen. Er fragte am 24. Juli an, wann er zur Verwertung des Moments des territorialen Desinter-

tasten gedächte (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42). Die von Sasonow am 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 17, 18) besonders beanstandete Forderung, betreffend die Beteiligung von österreichisch-ungarischen Funktionären bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien, wurde am 25. Juli in entgegenkommendem Sinne erläutert (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 38). Am 26. Juli erklärte der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, die anscheinend dort vielfach gehegten Befürchtungen, daß es sich bei dem Vorgehen gegen Serbien um einen Eroberungsfeldzug oder einen Präventivkrieg gegen Rußland handle, seien gänzlich unbegründet. „Niemand in Österreich-Ungarn falle es ein, russische Interessen bedrohen oder gar Handel mit Rußland suchen zu wollen“ (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 73). Trotzdem sah Sasonow in der Ablehnung der österreichisch-ungarischen Regierung, in eine Erörterung der Notentexte einzutreten, eine Weigerung des Wiener Kabinetts, überhaupt in einen Meinungs-austausch mit Rußland zu willigen (Russisches Orangebuch Nr. 50). Diese Auslegung der Wiener Antwort bildete jedoch nur einen Vorwand, um die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg als gescheitert hinzustellen; denn bereits am 28. Juli hatte Sasonow erklärt, die Kriegserklärung an Serbien mache diesen Verhandlungen ein Ende (Englisches Blaubuch Nr. 70, Russisches Orangebuch Nr. 48).

Das Abbrechen des direkten Meinungs-austausches zwischen Petersburg und Wien bedeutete eine für Berlin unerwartete und ernste Verschärfung der österreichisch-russischen Spannung. Nicht nur die deutsche Regierung hatte von den direkten austro-russischen Verhandlungen die Lösung des Konfliktes erwartet. Auch Grey sprach sich mehrfach dafür aus (Deutsche Dokumente Nr. 357, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 92, III, Nr. 42, Englisches Blaubuch Nr. 67, 68, 74, 84, Französisches Gelbbuch Nr. 80), und sogar der französische Botschafter in Petersburg hat sie befürwortet (Französisches Gelbbuch Nr. 54).

esements ermächtigt werde (Österreichisches Rotbuch II, Nr. 19). Berchtold gab ihm am 25. Juli die Weisung, diese Frage vorläufig nicht zu berühren (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 40). Diese Haltung des Außenministers erscheint unverständlich, auch wenn man berücksichtigt, daß er — obwohl selbst ein Ungar — von Anfang an ein Gegner des annexionsfeindlichen ungarischen Programms war.

Szapary erhielt die erbetene Ermächtigung erst am 27. Juli, infolge persönlichen Eingreifens des Kaisers Franz Joseph (Gooss, S. 210). Die Weisung Berchtolds enthielt aber auch dann nicht den bedingungslosen Verzicht, der vom Wiener Ministerrat am 19. Juli beschlossen worden war. Es heißt vielmehr in dem Telegramm, daß die Monarchie keinerlei territoriale Eroberungen beabsichtige, solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 75).

Dank dem Eingreifen der deutschen Regierung wurde das Mißverständnis, betreffend die österreichisch-ungarische Ablehnung, beseitigt und die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen (Deutsche Dokumente Nr. 396, 448, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45). Ihre Anstrengungen waren bekannt. Selbst die Londoner „Times“ schrieben in ihrem Leitartikel vom 30. Juli: Es ist ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein möglichstes tut, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder anzuknüpfen — to restore the wire. (Montgelas, Glossen, S. 22.) Es wird auf diese Bemühungen zurückzukommen sein.

2. Vermittlungsvorschläge

Am 27. Juli ging die serbische Antwortnote in Berlin, Petersburg, Paris und London ein*). Die Regierungen der Dreiverbandsländer sahen sie als ausreichend und sehr entgegenkommend an. In absichtlicher oder unabsichtlicher Verkennung der Methoden der serbischen Politik verschlossen sie sich der Hinterhältigkeit und Zweideutigkeit der Antwort auf manche der österreichisch-ungarischen Forderungen. Es ist auch ganz natürlich, daß sich alle Fernerstehenden nur dem günstigen Gesamteindruck hingaben, während das unmittelbar beteiligte Wiener Kabinett mit unerfreulicher Akribie nach Unzulänglichkeiten forschte.

Am 27. Juli wandte sich Grey nach Berlin mit der Bitte, die deutsche Regierung möge in Wien befürworten, daß sich Wien entweder mit der serbischen Antwort begnüge oder aber sie als Grundlage für Unterhandlungen betrachte (Deutsche Dokumente Nr. 258, Englisches Blaubuch Nr. 46). Die deutsche Regierung ist diesem Wunsche sogleich nachgekommen und hat die Annahme des englischen Vorschlages in Wien mit folgenden Worten empfohlen:

Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die

*) Die große Verspätung bei der Übermittlung der serbischen Antwortnote vom 25. Juli wurde in Paris auf österreichisch-ungarische Machinationen zurückgeführt (Russisches Orangebuch Nr. 36, vgl. auch Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 54). Wahrscheinlicher ist, daß die Telegramme aus Belgrad nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Umweg über Rumänien-Rußland nahmen. Die telegraphische Absendung der langen Antwortnote einmal durch die serbische Regierung an vermutlich alle serbischen Gesandtschaften, ferner die Weitergabe des Textes durch manche der fremden Vertretungen (z. B. der russischen, Orangebuch Nr. 36) wird gleichzeitig erfolgt sein. Die ohnehin durch Mobilisationstelegramme stark belasteten serbischen Leitungen waren dieser übermäßigen Inanspruchnahme wohl kaum gewachsen.

eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Erbitten Graf Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sasonows, mit Wien direkt zu verhandeln (Deutsche Dokumente Nr. 277).

Die österreichisch-ungarische Regierung lehnte diesen Vorschlag jedoch am 29. Juli unter Hinweis auf die Eröffnung der Feindseligkeiten durch Serbien und die inzwischen erfolgte Kriegserklärung ab (Deutsche Dokumente Nr. 400, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 25).

Berchtold hat anscheinend die von Szögyeny (im Österreichischen Rotbuch II, Nr. 68) gemeldete Warnung Jagows vor englischen Vorschlägen, mit denen er sich „in keiner Weise identifiziere“, auf diese Anregung bezogen, obwohl sie von Bethmann Hollweg „zur Erwägung unterbreitet“, also empfohlen wurde (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 82, III, Nr. 25). Wie diese Auffassung entstehen konnte, ist nicht recht verständlich, da Szögyeny berichtet hatte, „die deutsche Regierung würde bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben (?) auf das ausdrücklichste erklären, daß es in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um dem Wunsche Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe“. Überdies erfolgte die Ablehnung in Wien am 29. Juli abends (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 25), also zu einer Zeit, wo der nachstehend behandelte deutsche Vorschlag vom 28. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 323), der ebenfalls auf das von Serbien gezeigte Entgegenkommen Bezug nahm, bereits in Wien bekannt gewesen sein muß.

Nach der Ablehnung dieses englischen Vorschlages und nach erfolgter Kriegserklärung an Serbien war jede Aussicht auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Streites vorerst beseitigt. Die deutsche Regierung unterbreitete daraufhin sogleich in Wien einen Vorschlag, der geeignet war, sowohl dem berechtigten Verlangen Österreich-Ungarns nach Genugtuung und Sicherheiten für die Zukunft Rechnung zu tragen, wie auch die Erhaltung Serbiens und die Wahrung der russischen Interessen am Balkan zu gewährleisten. Es ist dies der auf Anregung des Kaisers (Deutsche Dokumente Nr. 293) zurückzuführende Vorschlag einer Besetzung Belgrads oder anderer serbischer Gebietsteile als Faustpfand (Deutsche Dokumente Nr. 323), der mit den Worten schließt:

Erkennt die russische Regierung die Berechtigung dieses Standpunktes nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben,

die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten verschieben.

Euere Exzellenz wollen sich umgehend in diesem Sinne dem Grafen Berchtold gegenüber nachdrücklich aussprechen und eine entsprechende Demarche in St. Petersburg anregen. Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Zieles, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln und, wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.

Am Abend des 27. Juli war die serbische Antwortnote in Berlin bekannt geworden*). Die Beurteilung war im wesentlichen günstig. Kaiser Wilhelm schrieb auf den Rand der Note, die ihm am 28. Juli morgens vorgelegt wurde: „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl (der österreichisch-ungarische Gesandte für Serbien) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!“ (Deutsche Dokumente Nr. 271.) Im Auftrage des Kaisers schrieb der Generaladjutant von Plessen an den Chef des Generalstabs, „daß die Serben im wesentlichen alle die an sie gestellten Forderungen zugestanden haben, und daß damit für Österreich der Anlaß zum Kriege fortfällt“. Vom Kanzler und vom Auswärtigen Amt mag die Note etwas weniger günstig beurteilt worden sein. Jedenfalls erschien sie aber als eine mögliche Grundlage für Verhandlungen, wie Jagow am 29. Juli auch dem französischen Botschafter bestätigte (Französisches Gelbbuch Nr. 92).

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien ließ sich jedoch nicht mehr rückgängig machen. Es galt also einen Ausweg zu finden, der den ausgebrochenen Krieg auf das geringstmögliche Maß beschränkte und gleichzeitig dem serbischen Entgegenkommen Rechnung trug. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer vorübergehenden Besetzung Belgrads als Faustpfand und Wiederaufnahme der Verhandlungen auf dieser Grundlage als besonders glücklich anzusehen, zumal in dem Telegramm nach Wien vom 28. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 323) ausdrücklich

*) Der serbische Geschäftsträger hatte die am Abend vorher bei ihm eingegangene Telegrammausfertigung im Laufe des 27. Juli dem Auswärtigen Amt im Original überreicht (Deutsche Dokumente Nr. 270, 271). Das umfangreiche, französisch abgefaßte Schriftstück wurde — wie üblich — zunächst vervielfältigt, da es im Original schlecht leserlich war und außerdem mehreren Stellen zugleich vorgelegt werden mußte. Hierdurch entstand ein nicht unerheblicher Zeitverlust (siehe Deutsche Dokumente Nr. 279).

hervorgehoben wurde, daß Serbien den österreichisch-ungarischen Forderungen in weitgehendem Maße entgegengekommen sei.

Am 29. Juli wurde erneut auf diesen Ausweg hingewiesen (Deutsche Dokumente Nr. 384).

Daß diese von der deutschen Regierung vorgeschlagene Lösung wohl am besten geeignet war, die Erweiterung des Konfliktes zu verhüten und den Interessen aller Parteien Rechnung zu tragen, geht aus der Tatsache hervor, daß Grey (der von dem Telegramm nach Wien, Deutsche Dokumente Nr. 323, wußte — siehe Englisches Blaubuch Nr. 75, Einleitung § 6, letzter Absatz, und Oman S. 54) am folgenden Tage mit einem ähnlich lautenden Vorschlage hervortrat (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 88). Dieser wurde gleichfalls von Berlin nach Wien weitergegeben und energisch befürwortet (Deutsche Dokumente Nr. 395), ebenso wie das Telegramm des Königs von England an den Prinzen Heinrich von Preußen vom 30. Juli, das denselben Vorschlag enthielt (Deutsche Dokumente Nr. 452, 464). Schließlich hat auch Kaiser Wilhelm in einem persönlichen Telegramm an Kaiser Franz Joseph auf eine baldige Entscheidung für die deutschen (bzw. von Deutschland unterstützten) Vorschläge gedrängt (Deutsche Dokumente Nr. 437).

Auf die Nachricht hin, daß die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zum Stillstand gekommen seien, telegraphierte Bethmann Hollweg am 29. Juli nach Wien:

Rußland beschwert sich, daß die Unterhaltungen weder durch Herrn Schebeko noch durch Graf Szapary Fortlauf genommen hätten. Wir müssen daher, um eine allgemeine Katastrophe aufzuhalten oder jedenfalls Rußland ins Unrecht zu setzen, dringend wünschen, daß Wien Konversationen (gemäß Deutsche Dokumente Nr. 323) beginnt und fortsetzt (Deutsche Dokumente Nr. 385).

Als ebenfalls nach London gemeldet wurde, daß Sasonow die direkten Besprechungen als abgebrochen betrachte, schlug ferner Grey am 29. Juli abermals die Vermittlung der vier Mächte vor (Englisches Blaubuch Nr. 84). In dem entsprechenden Telegramm Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 357) ist der Vorschlag nicht enthalten. Jetzt war aber der von Grey am 25. Juli für die Vermittlung in Aussicht genommene Zeitpunkt eingetreten: Rußland mobilisierte, und es war nicht zweifelhaft, daß Österreich-Ungarn bald ein gleiches tun werde. In diesem Augenblick sollten die vier Mächte dazwischentreten (Deutsche Dokumente Nr. 180, Englisches Blaubuch Nr. 24, 25).*) Die deutsche Regierung, die sich bereits am 24. und 25. Juli mit einer Vermittlung zu vieren einverstanden erklärt hatte, gab der österreichisch-ungarischen Regierung

*) Die in Berlin überreichte englische Verbalnote ist in den Deutschen Dokumenten leider nicht mit abgedruckt worden. Siehe Nr. 180, Anm. 4.

bei der Mitteilung des englischen Vorschlages, die Besetzung Belgrads betreffend, den dringlichen Rat, die Vermittlung der Mächte anzunehmen. Es heißt in diesem Telegramm (Deutsche Dokumente Nr. 395):

Wir stehen somit, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so daß wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.

Die deutsche Regierung hat gleichzeitig mit vorstehendem Telegramm auf die Meldung ihres Botschafters in Petersburg hin, daß das Wiener Kabinett nach Mitteilung Sasonows den Weg direkten Gedankenaustausches mit Petersburg nicht beschritten habe, folgende ernste Warnung nach Wien gesandt:

Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungs-austausches mit Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. Bitte sich gegen Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen. (Deutsche Dokumente Nr. 396.)

Schließlich sandte Bethmann Hollweg am 30. Juli noch folgendes Telegramm nach Wien:

Wenn Wien, wie nach dem telephonischen Gespräch Euerer Exzellenz mit Herrn von Stumm anzunehmen, jedes Einlenken, in Sonderheit den letzten Greyschen Vorschlag (Deutsche Dokumente Nr. 395) ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschieben. S. M. hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien übernommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. Das Gelingen dieser Intervention ist allerdings erschwert dadurch, daß Rußland gegen Österreich mobilisiert hat. Dies haben wir heute England mit dem Hinzufügen mitgeteilt, daß wir eine Aufhaltung der russischen und französischen Kriegsmaßnahmen in Petersburg und Paris bereits in freundlicher Form angeregt hätten, einen neuen Schritt in dieser Richtung also nur durch ein Ultimatum tun könnten, das den Krieg bedeuten würde. Wir haben deshalb Sir Edward Grey nahegelegt, seinerseits nachdrücklich in diesem Sinne in Paris und Petersburg zu wirken, und erhalten soeben seine entsprechende Zusicherung durch Lichnowsky. Glückten England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, in

den wir hineingezogen sind, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, daß Österreich den Greyschen Vorschlag annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt.

Eure Exzellenz wollen sich sofort nachdrücklichst in diesem Sinne Graf Berchtold, eventuell auch Graf Tisza gegenüber, äußern. (Deutsche Dokumente Nr. 441.)

Die deutschen Vorschläge konnten, bei aller Halsstarrigkeit der Wiener Regierung, doch nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Am 29. Juli meldete der deutsche Botschafter, Berchtold sei (auch jetzt, nach der Kriegserklärung an Serbien) bereit, die Erklärung wegen des territorialen Desinteresses nochmals zu wiederholen. Bezüglich des deutschen Vorschlages einer Beschränkung der militärischen Operationen behielt er sich die Antwort vor (Deutsche Dokumente Nr. 388). Am folgenden Tage, dem 30. Juli, meldete der Botschafter in bezug auf die angeblich abgebrochenen Verhandlungen mit Petersburg, Berchtold habe nur die Besprechung des serbisch-österreichischen Streites mit Rußland abgelehnt, sei aber bereit, alle Österreich-Ungarn und Rußland direkt tangierenden Fragen mit letzterem zu besprechen (Deutsche Dokumente Nr. 432). Am gleichen Tage meldete er, es liege in bezug auf die angeblich abgebrochenen Besprechungen ein Mißverständnis vor und Berchtold habe bereits entsprechende Instruktionen nach Petersburg gesandt (Deutsche Dokumente Nr. 448). Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte übrigens inzwischen schon von sich aus die Verhandlungen wieder aufgenommen und die seinerseits bereits gemachten Zusicherungen erneuert (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 19). Berchtold selbst empfing am 30. Juli den russischen Botschafter zu einer beide Teile befriedigenden Aussprache über die Lage (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45). Das diese Unterredung betreffende Telegramm Schebekos ist in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. Mai 1919 veröffentlicht worden. Es schließt mit den Worten:

Das ganze Gespräch trug den freundschaftlichsten Charakter, und ich erhielt den Eindruck, daß Österreich wirklich den Wunsch hegt, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen, es aber nicht für angängig hält, seine Operationen gegen Serbien einzustellen, bevor man nicht volle Genugtuung und ernste Garantien für die Zukunft erhalten habe. Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Österreich jede aggressive Absicht gegen Rußland fern läge;

Auch der französische Botschafter in Wien berichtete, daß diese „hochwichtige Unterredung“ zu einer Klärung der Lage und zur Wiederaufnahme der direkten Besprechungen geführt habe (Französisches Gelbbuch Nr. 104); ebenso der englische Botschafter, welcher meldete, daß sein russischer Kollege „im ganzen nicht unzufrieden“ war (Englisches Blaubuch Nr. 96). Der belgische Gesandte berichtete ausführlich über diese glückliche und vielverheißende

Wendung (Belgisches Graubuch, II, Nr. 15, 16). Die deutsche Regierung konnte noch am 30. Juli ihrem Botschafter in London die Meldung aus Wien über diesen Erfolg der deutschen Schritte mitteilen (Deutsche Dokumente Nr. 433, 444). Sie sprach hierbei die Erwartung aus, „daß England in Petersburg auf gleiches Entgegenkommen, und namentlich auf Einstellung seiner Kriegsmaßnahmen wirken werde“. Diese Erwartung ging, trotz der englischen Zusage an Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 489) nicht in Erfüllung, wie Greys Telegramm nach Petersburg vom 31. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 110) zeigt.

Auf die deutschen Vorstellungen hin nahm die österreichisch-ungarische Regierung schließlich auch die von England gewünschte Vermittlung der Mächte an.

Das betreffende Telegramm (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65), das aber erst am 1. August nach Berlin abging, nach London und Petersburg nur „zur persönlichen Information“ des Botschafters gesandt wurde, schloß mit den Worten:

Ich ersuche Euere Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.

Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme und daß das englische Kabinett die russische Regierung vermöge, die gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständlich die uns durch die russische Mobilisierung aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien sofort rückgängig machen werden.

Am Abend des 30. Juli hatte also die österreichisch-ungarische Regierung immerhin die deutschen Vorschläge zum großen Teil angenommen, mit Ausnahme allerdings der Beschränkung der Operationen gegen Serbien auf die Besetzung eines Faustpfandes. Die Antwort auf diesen Vorschlag, dessen Annahme vom deutschen Botschafter am 30. Juli an der Hand der analogen englischen Anregung erneut warm befürwortet wurde (Deutsche Dokumente Nr. 465), wurde deutscherseits für den 31. Juli erwartet (Deutsche Dokumente Nr. 440). Die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland, die den Krieg bedeutete, hat den deutschen Bemühungen ein Ende gemacht. Anderenfalls wäre, wenn die russische Kriegspartei dies noch zugelassen hätte, eine Einigung zwischen Petersburg und Wien erzielt worden, denn Sasonow hat sich von den Eröffnungen, die ihm der österreichisch-ungarische Botschafter am 31. Juli machte (Österreichisches Rotbuch 1919, III,

Nr. 97), befriedigt erklärt. In einer in London am 1. August übergebenen russischen Note heißt es:

Der österreichisch-ungarische Botschafter erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung, den Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien zu erörtern. In seiner Antwort sprach Herr Sasonow seine Befriedigung aus und sagte, es sei wünschenswert, daß die Besprechungen in London unter Teilnahme der Großmächte stattfänden (Englisches Blaubuch Nr. 133).

Dank der deutschen Vermittlungstätigkeit war somit eine genügende Grundlage für eine Verständigung erreicht. Der europäische Frieden wäre erhalten worden, wenn nicht Rußland durch seine gegen das, die Vermittlung betreibende, Deutsche Reich gerichtete Mobilmachung den Krieg herbeigeführt hätte.

Die Wiener Regierung hat aber an dem Teilerfolg der deutschen Vermittlungstätigkeit kein Verdienst. Sie war, wie aus dem Protokoll des Ministerrats vom 31. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 79) klar hervorgeht, fest entschlossen, die Operationen gegen Serbien auf keinen Fall, auch nicht mit Rücksicht auf die Gefahr eines Weltkrieges, einzustellen. Sie wollte sogar von dem deutschen Vorschlag der Beschränkung der Operationen auf die Besetzung eines Faustpfandes nichts wissen. Berchtold erklärte, Österreich-Ungarn „hätte von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts“. Diese Auffassung ist aber niemals nach Berlin mitgeteilt worden. Auf den ursprünglichen deutschen Vorschlag erfolgte keine weitere Antwort, als die in dem Telegramm des Kaisers Franz Joseph vom 31. Juli enthaltene:

Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren (Deutsche Dokumente Nr. 482).

Dies bedeutete die glatte Ablehnung des deutschen Vorschlages. Durch die inzwischen bekannt gewordene russische Gesamtmobilmachung wurde aber jede weitere deutsche Vermittlungstätigkeit illusorisch gemacht (Deutsche Dokumente Nr. 502, 503).

In Wien entschloß man sich am 31. Juli mit Rücksicht auf das deutsche Drängen lediglich dazu, auf die englischen Vorschläge einzugehen; man wollte dabei zwar in der Form Entgegenkommen zeigen, aber „sorgsam vermeiden, den englischen Antrag in meritotischer Hinsicht anzunehmen“. Die Antwort auf Tschirschkys Ersuchen vom 29. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65) wurde so spät nach Berlin gesandt, daß sie erst am 1. August dort anlangte. In den deutschen und österreichisch-ungarischen Akten hat sie weiter keine Spur hinterlassen. Es ist also anzunehmen, daß sie der deutschen Regierung bis zum Erscheinen des ersten

österreichisch-ungarischen Rotbuches unbekannt geblieben ist. Hingegen hat der österreichisch-ungarische Botschafter in London von jener Weisung seiner Regierung Gebrauch gemacht und Grey bewogen, im Sinne dieses bedingten Entgegenkommens nach Petersburg zu telegraphieren (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 94, Englisches Blaubuch Nr. 135). Auch Graf Szecsen in Paris suchte das Einlenken Berchtolds im Interesse des europäischen Friedens zu verwerten. Der Botschafter eilte noch am 31. Juli zwischen 11 und 12 Uhr abends auf das Ministerium des Äußeren, wo er von Berthelot empfangen wurde. Über den Inhalt seiner Erklärung gibt das französische Gelbbuch (Nr. 120) Aufschluß. Berthelot erwiderte, „daß es schon sehr spät wäre und daß man durch die Ereignisse mitgerissen sei“. (Humanité vom 9. Juni 1912.) Er wußte, daß nach der russischen Gesamtmobilmachung der Krieg — auch für Frankreich — unvermeidlich sei.

Um nicht in ihrer Aktion gegen Serbien gestört zu werden, knüpfte die Wiener Regierung ihr Entgegenkommen auf die englischen Vorschläge an die Bedingung, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn eingestellt werde. Diese Forderung läßt sich immerhin vertreten, denn es wäre für Österreich-Ungarn doppelt nachteilig gewesen, unter dem militärischen Druck Rußlands nachgeben zu müssen. Ein solches Zurückweichen Wiens vor der russischen Kriegsdrohung mag ursprünglich das Ziel der Petersburger Regierung gewesen sein. Dann ist die gefährliche Maßnahme der am 25. Juli beschlossenen Teilmobilmachung als Erwiderung auf den schroffen Ton und die weitgehenden Forderungen der österreichisch-ungarischen Note an Serbien anzusehen. Inzwischen waren aber Sasonow die militärischen Pferde durchgegangen, die er in sein diplomatisches Gefährt eingespannt hatte. Die russische Gesamtmobilmachung änderte die Dinge von Grund auf. Die militärischen Druckmittel wurden Selbstzweck, während die diplomatischen Verhandlungen nur noch zur Bemäntelung der Mobilmachung dienten.

Gänzlich von der Auseinandersetzung mit Serbien hypnotisiert, konnte oder wollte die Wiener Regierung den Ernst der Lage nicht erkennen. Sie hatte sich anscheinend ganz mit der Möglichkeit abgefunden, daß „Rußland den Moment für die große Abrechnung mit den europäischen Zentralmächten bereits für gekommen erachte“ (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42). Die ungeheuren Lasten des Weltkrieges sollten dann auf die breiten Schultern des wehrhaften deutschen Bundesgenossen abgebürdet werden. Bella gerant alii... Kaiser Franz Joseph schloß sein vorerwähntes Telegramm an Kaiser Wilhelm, in dem er den deutschen Vergleichsvorschlag ablehnte, mit den Worten: „Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt und habe dieselben im

Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den Dreibund eintreten wird.“ (Deutsche Dokumente Nr. 482.)

Die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung ist um so weniger verständlich, als die Aussichten eines europäischen Krieges keineswegs günstige waren, selbst wenn man die größten Hoffnungen auf die Heere des deutschen Verbündeten setzte. Tisza hat in einer Denkschrift an den Kaiser Franz Joseph über das „Kräfteverhältnis in einem Kriege gegen Rußland, Serbien, Rumänien — nach Angaben des Chefs des Generalstabes“ auf Grund seiner Besprechungen mit Conrad von Hötzendorff ein trostloses Bild entworfen.

Er gab zu, daß die österreichisch-ungarischen Truppen am nördlichen Kriegsschauplatz aller Wahrscheinlichkeit nach gleich stark seien, wie die gegenüberstehende russische Heeresmacht, dagegen die an der Ostgrenze des Deutschen Reiches aufgestellten deutschen Truppen in der ersten Phase des Feldzuges überlegene russische Truppen vor sich haben werden. Die Südarmee aber wird kaum in der Lage sein, die überlegenen serbischen Kräfte dauernd aufzuhalten, während wir der vordringenden rumänischen Armee keinen ernststen Widerstand leisten werden können. Die russische Armee braucht also nur einer raschen Entscheidung, welche im Siegesfalle einen Teil unserer Truppen zum Schutze unserer Süd- und Südostgrenze verfügbar machen würde, auszuweichen und abzuwarten, bis die rumänische Armee in Siebenbürgen eindringt, die von Rumänen bewohnten Gegenden in Aufruhr versetzt und unserer mit den Serben kämpfenden Armee in Flanke und Rücken fällt. Die absolut sichere Niederlage dieser Armee eröffnet den Weg nach Budapest und Wien vor der feindlichen Macht und entscheidet den ganzen Feldzug.

Schießlich bemerkte er, daß Bulgarien bei seiner jetzigen Erschöpfung kaum einen sehr wesentlichen Teil der rumänischen Streitkräfte binden könnte, um so weniger, da eine Intervention Bulgariens in diesen gegen Serbien geführten Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach heute noch den *Casus foederis* für Griechenland bedeuten würde.*)

Sehr befremdlich erscheint, daß Berchtold — möglicherweise mit Absicht — eine Antwort nach Berlin (London und Petersburg) sandte, die sich nicht mit dem englischen Vorschlag deckte (siehe Gooss, S. 237 ff). Unverantwortlich ist, daß man in Wien auf den ursprünglichen deutschen Vorschlag der Besetzung eines Faustpfandes überhaupt nicht einging. Mit einer Leichtfertigkeit, die fast den Verdacht der Böswilligkeit aufkommen lassen könnte, setzte man den Bundesgenossen den Gefahren eines Weltkrieges aus, um einiger Gradunterschiede willen, die bei dem Erfolge gegen Serbien auf dem Spiele standen. Das Wiener Verhalten hat zudem den festwurzelnden Verdacht erzeugt, daß Berlin die Vermittlung nicht ernstlich betrieben oder gar seinerseits vereitelt habe.

*) Nach W. Fraknoi, Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges (Wien 1919), S. 33.

Bei der Beurteilung der deutschen Vermittlungstätigkeit in Wien muß zunächst der Gedanke abgelehnt werden, den die Alliierten und Assoziierten Mächte in ihrer Erwiderung auf die deutschen Gegenvorschläge ausgesprochen haben, es sei der Berliner Regierung mit ihren Vorstellungen nicht ernst gewesen und man könne annehmen, „daß nach einem in dem deutschen Auswärtigen Amte üblichen Brauche offiziöse Mitteilungen oder eine vorherige Vereinbarung zwischen denjenigen stattgefunden hätte, die tatsächlich die Macht besaßen, und daß diese Mitteilungen oder diese Vereinbarung anders gelautet hätten, als die durch den amtlichen Draht übermittelten Botschaften“. Man mag dem Umstand keine Beweiskraft zumessen, daß keinerlei Anzeichen für derartige geheime Verabredungen und für den Einfluß von Personen vorhanden sind, die außerhalb des Kreises der wirklich verantwortlichen standen, jedoch „tatsächlich die Macht besaßen“. Wer sollten aber diese unverantwortlichen Machthaber gewesen sein? Im feindlichen Ausland ist vielfach die Ansicht verbreitet, die militärischen Stellen hätten damals — in Deutschland wie in Rußland und anderen Ententeländern — zum Kriege getrieben und die politische Entscheidung beeinflußt. Wer das Verhältnis zwischen den politischen Instanzen und den deutschen Militärbehörden vor dem Kriege kennt, wird über diese Vorstellung lächeln. Die einzige Möglichkeit zur Geltendmachung militärischer Wünsche in der Politik bot damals das Ohr des Kaisers, und dieses war während der Zeit der Spannung für jede kriegerische Einflüsterung taub. Die Deutschen Dokumente zeigen auch, daß die militärischen Stellen lediglich zur Begutachtung der militärischen Lage herangezogen worden sind. Dies ist vielleicht sogar in nicht genügendem Maße geschehen. Tirpitz beklagt sich auf jeder anderen Seite seiner „Erinnerungen“, daß er von Bethmann Hollweg nicht befragt, daß sein Rat nicht eingeholt worden sei. Es ist nicht anzunehmen, daß Moltke wesentlich besser behandelt wurde. Die sattsam bekannte politische Tätigkeit der Generäle hat erst im Kriege begonnen. Bei Kriegsausbruch sind die Verhandlungen allein vom Kaiser, dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt geführt worden. Der Wunsch des Kaisers, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, kann nicht zweifelhaft erscheinen. Die Verhandlungen mit Wien hat der Kanzler selbst geführt. Er deckte die zahlreichen Telegramme an Tschirschky zwischen dem 28. und 31. Juli mit seinem Namen. In vielen Fällen (z. B. Deutsche Dokumente Nr. 277, 396, 441) hat er den Wortlaut der ergangenen Weisungen eigenhändig aufgesetzt bzw. abgeändert. Die tatsächliche Entscheidung lag in seinen Händen. Es kann sich aber niemand der Sinnlosigkeit der Vorstellung verschließen, daß Bethmann Hollweg mit seinen so häufig wiederholten ersten Mahnungen nicht das bezweckt hätte, was seine Worte sagten.

Es ist auch unzutreffend, was die Herausgeber der Deutschen Dokumente, Montgelas und Schücking, in ihren Vorbemerkungen sagen, daß „gerade besonders delikate Angelegenheiten zunächst in Privatbriefen zwischen den beteiligten Personen besprochen werden“, und daß dieser Brauch „auch in Angelegenheiten der auswärtigen Verwaltung eine bedeutsame Rolle gespielt habe“. Der Umstand, daß außenpolitische Fragen in den allermeisten Fällen eine schnelle Behandlung erfordern, verbietet bereits, daß sie „zunächst“ privatim zwischen den Beteiligten erörtert werden. Im deutschen diplomatischen Dienst sind Privatbriefe verhältnismäßig selten zur Ergänzung der amtlichen Berichterstattung benutzt worden. Telegramme, die nur an eine bestimmte Person gerichtet sind, kommen kaum vor. Im auswärtigen Dienst anderer Länder ist dies wesentlich anders. Die von Oman zitierten Telegramme sind fast zur Hälfte „Sir E. Grey, private“ adressiert. Im deutschen diplomatischen Dienst wurden Privatbriefe in der Regel nur zwischen befreundeten, also meist gleichalterigen Beamten gewechselt. In den Akten findet sich kein einziges persönliches Schreiben von Pourtalès an Jagow, der einem jüngeren Jahrgang angehörte. Wohl aber finden sich solche vor, die Tschirschky, Flotow und Lichnowsky, die aus derselben Altersklasse hervorgegangen sind, an ihn gerichtet haben. Die weitaus meisten Privatbriefe betreffen den Klatsch, der vor dem Krieg die große internationale Familie der Diplomaten aller Länder interessierte, und andere Nachrichten, die sich nicht für eine ernste Berichterstattung eigneten. In sonstigen Fällen wurde dieser Weg meist nur dann beschritten, wenn sich jemand seiner Sache nicht recht sicher fühlte und so zu vermeiden hoffte, sich gewissermaßen aktenmäßig zu blamieren: wenn z. B. seine Voraussagen nicht eintrafen. In diesem letzteren Sinne führte der Nebenweg meist nicht zum Ziel, denn Briefe von politischem Belang sind in der Regel zu den Akten genommen worden, zum mindesten im Auszuge.

Der ernsteste Einwand, der seitens der Alliierten und Assoziierten Mächte gegen den Wert und die Bedeutung der deutschen Vermittlungstätigkeit in Wien zwischen dem 27. und 30. Juli erhoben wird, ist der, daß diese Vermittlung zu spät eingesetzt habe. Aber nicht Deutschland, sondern Rußland trägt die Schuld daran, daß sich die Ereignisse so sehr überstürzt haben. Bereits am 27. Juli, ehe sie sich von der Nachgiebigkeit Serbiens selbst überzeugt hatte, forderte die deutsche Regierung Wien zum Einlenken auf (Deutsche Dokumente Nr. 277). Unter Hinweis auf das serbische Entgegenkommen machte sie am 28. Juli ihren an sich recht glücklichen Vorschlag, es mit der Besetzung eines Faustpfandes bewenden zu lassen (Deutsche Dokumente Nr. 323). Dies geschah, ehe die russische Teilnobilmachung bekannt geworden war (Deutsche Doku-

mente Nr. 343, 385) und bevor Lichnowsky meldete, Grey habe ihm mitgeteilt, England werde im Falle einer europäischen Konflagration nicht neutral bleiben (Deutsche Dokumente Nr. 368).

Der deutschen Regierung war bekannt, daß für die österreichisch-ungarische Mobilmachung gegen Serbien sechzehn Tage zu rechnen seien (Deutsche Dokumente Nr. 19) und daß die eigentlichen Operationen nicht vor dem 12. August beginnen würden (Deutsche Dokumente Nr. 213, 245, 323). Sie durfte also glauben, daß reichlich Zeit zur Vermittlung vorhanden sei. Daß ein ernstes militärisches Vorgehen gegen Serbien nicht unmittelbar auf die Kriegserklärung folgen könne, wußten zweifellos auch die anderen europäischen Kabinette. Jeder Generalstab kannte die Schwierigkeiten des Geländes und die Unzulänglichkeit der Bahnen in diesem Aufmarschgebiet. Der Vorwurf des zu späten Handelns stellt also nur einen Versuch der Dreiverbandsmächte dar, die Schuld an der Überstürzung der Entwicklung, die sie in erster Linie traf, auf Deutschland abzuwälzen.

Die Telegramme Bethmann Hollwegs zeigen eine stetige Steigerung des Ernstes und der Dringlichkeit der Sprache. Im wesentlichen handelt es sich aber um Variationen der gleichen Argumente. Zunächst erklärt er, daß Deutschland Vermittlungsvorschläge anderer Mächte eben wegen seiner Beziehungen zu diesen Mächten nicht ablehnen könne. Dieses Argument verstärkt er mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland und Österreich bei der Ablehnung einer Vermittlung als Kriegstreiber erscheinen würden. Die Folge wäre, daß sich die öffentliche Meinung Europas von Österreich-Ungarn, bzw. von den Mittelmächten abkehren würde. Daraus würde eine ungünstige diplomatische Situation erwachsen. Ferner würden die Verbündeten bei einer ablehnenden Haltung für die etwaige Entstehung eines Weltbrandes verantwortlich werden. Ihre Aufgabe müsse sein, diese Katastrophe aufzuhalten. Ihre Stellung im eigenen Lande würde anderenfalls unhaltbar. Zum mindesten müßte die Verantwortung auf Rußland abgewälzt werden. Schließlich, als letztes und stärkstes Argument, drohte Bethmann mit der Kündigung der bundesgenössischen Unterstützung. „Wir müssen es ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.“

Der bayerische Gesandte in Berlin hat am 29. Juli nach München berichtet:

Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, daß der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfrieden erhalten bleibt (Deutsche Dokumente, Anhang IV, Nr. 14).

Bethmann Hollweg schwankte offensichtlich zwischen der Aufgabe, „einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von

Österreich-Ungarn erstrebten Zieles ermöglichte, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden“, und zu verhindern, daß gleichzeitig ein Weltkrieg entfesselt werde, bzw., wenn dieser nicht zu vermeiden sei, die Bedingungen, unter denen er zu führen wäre, nach Tunlichkeit zu verbessern (Deutsche Dokumente Nr. 323). Zweifellos wünschte er, den Weltkrieg zu vermeiden. Er wollte aber, wenn irgend möglich, das ursprüngliche Ziel, die Unterbindung der großserbischen Propaganda, nicht opfern. Von Tag zu Tag, fast von Stunde zu Stunde, trat das größere Ziel, die Erhaltung des Weltfriedens, mehr in den Vordergrund. Daß dies dem Kanzler zum Bewußtsein kam, sieht man in der Steigerung seiner Argumentation. Der Hinweis auf die Gefahr, daß die Mittelmächte als Kriegstreiber erscheinen würden, und daß dies die Stellung der deutschen Regierung im eigenen Lande unmöglich mache, ist der Auftakt zu der Erklärung, daß Berlin Wien nicht unter allen Umständen Gefolgschaft leisten werde. Die Warnung vor der Abkehr der öffentlichen Meinung Europas ist im Grunde die gleiche Argumentation, wie die, daß Rußland ins Unrecht gesetzt werden müsse. Letztere wurde ja auch gelegentlich unterstrichen durch einen Hinweis auf den (angeblich) von London und Paris auf Petersburg ausgeübten Druck. Dies „ins Unrecht setzen“ spielte in jenem Augenblick, wie überhaupt in der Politik, eine besonders große Rolle. Dieselbe Warnung, die von Berlin nach Wien ging, ist auch von Paris nach Petersburg gerichtet worden. Die französische Regierung hat die russische gewarnt, sich nicht durch offenkundige Mobilmachung gegenüber Deutschland ins Unrecht zu setzen. Ursprünglich hatte sich Serbien gegen Österreich-Ungarn ins Unrecht gesetzt. Dies suchte die Wiener Regierung zu benutzen, um den großserbischen Treibereien ein Ende zu machen. Da sie in ihrem Vorgehen das Maß des Erwarteten und Zugebilligten erheblich überschritt, setzte sie sich ins Unrecht. Dies nutzte Rußland aus, um seinerseits durch Mobilmachung und scharfes Vorgehen gegen Österreich-Ungarn, sowie durch einen Appell an die Solidarität seiner Verbündeten eine europäische Krisis herbeizuführen, die mit einem, zum mindesten diplomatischen, Erfolg des Dreiverbandes enden sollte. Grey hat Lichnowsky am 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 489) auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß Wien seinerseits Rußland ins Unrecht setzte, damit das Gleichgewicht wieder hergestellt werde, und er die Möglichkeit erhielte, auf Petersburg und Paris einen Druck auszuüben. Fraglich erscheint, ob es Grey mit seinen Absichten ernst war. Seine Argumentation stimmt aber jedenfalls mit der von Bethmann Hollweg überein. Den Gegner ins Unrecht zu setzen, war namentlich bei dem etwaigen Eintritt in den Krieg von überragender Bedeutung. Wie sehr sich Rußland durch seine ungerechtfertigte Mobilmachung gegen Deutsch-

land ins Unrecht gesetzt hat, zeigen deutlich die Bemühungen der Ententemächte, diese Tatsache zu bemänteln bzw. totzuschweigen.

Allmählich scheint die deutsche Regierung zu der Auffassung gekommen zu sein, daß ihre Bundestreue von der Wiener Regierung mißbraucht werde. Diese Einsicht, verbunden mit der Erkenntnis, daß Rußland auf das schnellste mobilisiere, und der Mitteilung, daß England nicht neutral bleiben werde, haben jene Kopflosigkeit verursacht, von der die deutschen Akten ein so beredtes Zeugnis ablegen. Die deutsche Regierung, die einen Weltkrieg nicht gewollt hatte, deren Präventivaktion gegen Serbien letzten Endes nur den Zwecken der Erhaltung des europäischen Friedens dienen sollte, sah sich plötzlich in einer Falle. Die Haltung ihres Bundesgenossen, den sie unterstützt hatte, versetzte sie ins Unrecht. Während sie bisher wohl geglaubt hatte, um den Weltkrieg zu vermeiden, genüge es, wenn Deutschland selbst ihn nicht wolle, sah sie sich jetzt diplomatisch eingefangen und erkannte, daß ihre Gegner sie um keinen Preis, auch nicht um den Preis einer diplomatischen Niederlage, herauslassen würden. Denn der Entschluß zum Nachgeben, der überdies mit einer beispiellosen Schnelligkeit hätte gefaßt werden müssen, hing nicht von Berlin, sondern von Wien ab, und in Wien war man, wie wir heute wissen, wie man damals aber schon geahnt haben muß, zum Einlenken in diesem Sinne nicht bereit. Der Kaiser hat die Lage ebenfalls so empfunden und am 30. Juli in der Sprache seiner Marginalien folgendermaßen gekennzeichnet: „England dekouvriert sich im Moment, wo es der Ansicht ist, daß wir im Lappjagen eingestellt sind und so zu sagen erledigt!“ (Deutsche Dokumente Nr. 368). „Dabei wird uns die Dummheit und Ungeschicklichkeit unseres Verbündeten zum Fallstrick gemacht... Das Netz wird uns plötzlich über den Kopf gezogen...“ (Deutsche Dokumente Nr. 401).

3. Rußlands Unnachgiebigkeit

Bezeichnend für die Haltung der russischen Regierung gegenüber dem österreichisch-serbischen Konflikt ist der Umstand, daß der Minister des Äußern seinen Standpunkt im Laufe der kritischen Tage andauernd geändert hat. Seine Sprache gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter wurde zwar scheinbar versöhnlicher, tatsächlich schraubte er aber seine Forderungen mehr und mehr hinauf und erfand immer neue Einwände an Stelle derer, die von der Wiener Regierung aus dem Wege geräumt waren.

Sasonow hat am 24. Juli Pourtalès erklärt, das, was Rußland nicht gleichgültig hinnehmen könne, wäre die eventuelle Absicht Österreichs, „Serbien zu verschlingen“ (Deutsche Dokumente Nr. 160, 204). Am 25. Juli sagte der Minister dem englischen Bot-

schafter, Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien zermalme und die Vormacht auf dem Balkan würde. Er sprach bei dieser Gelegenheit von der Eventualität eines militärischen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Serbien, ohne irgendwelche Folgerungen für Rußland daraus zu ziehen (Englisches Blaubuch Nr. 17). Auch gegenüber dem italienischen Botschafter beschränkte sich Sasonow am gleichen Tage nach Angabe des französischen Gelbbuches (Nr. 52) auf die Erklärung, man könne von Rußland nicht verlangen, zuzulassen, daß Serbien zertreten werde.

Am 26. Juli äußerte Sasonow zu Pourtalès, Rußland „könne eine Herabwürdigung Serbiens zum Vasallenstaat Österreichs unmöglich dulden“ (Deutsche Dokumente Nr. 217). Noch am selben Tage erhielt er durch Szapary erneut beruhigende Zusicherungen über die Absichten Österreich-Ungarns. Es handele sich ebenso wenig um einen Vorstoß auf dem Balkan, wie um die Absicht, mit Rußland Handel zu suchen. Daß Österreich-Ungarn keinen territorialen Gewinn anstreben und auch nicht die Souveränität Serbiens anzutasten gedächte, war ihm ebenfalls zugesichert worden (Deutsche Dokumente Nr. 238, 339).

Infolge dieser Aussprachen, die durch Unterredungen mit Pourtalès ergänzt wurden, trat eine merkliche Entspannung der diplomatischen Lage ein (Deutsche Dokumente Nr. 282), die auch der englische und französische Botschafter am 27. Juli feststellten (Englisches Blaubuch Nr. 55, Französisches Gelbbuch Nr. 64). Sasonow formulierte an diesem Tage Buchanan gegenüber seine Forderungen dahin, daß die territoriale Integrität Serbiens und seine Rechte als die eines souveränen Staates gewährleistet werden müßten, so daß es kein Vasallenstaat Österreichs würde. Auch Pourtalès gegenüber verlangte er nur die Schonung der serbischen Souveränitätsrechte, während er zugab, daß Serbien eine „Lektion“ verdient habe.

Diese Entspannung sollte aber nicht von langer Dauer sein. Am 26. und 27. Juli wurden in Rußland umfassende militärische Maßnahmen getroffen. Auch in Paris, das bis dahin eine friedfertige Haltung gezeigt hatte, trat ein Stimmungsumschlag ein, der in dem Telegramm Bienvenu-Martins an den Ministerpräsidenten vom 27. Juli (Französisches Gelbbuch Nr. 62) zum Ausdruck kommt. Am gleichen Tage sicherte Grey überdies dem russischen Botschafter unter Hinweis auf die Kriegsbereitschaft der Flotte „diplomatische“ Unterstützung zu (Englisches Blaubuch Nr. 47). Benckendorff konnte berichten, daß Greys Sprache „viel klarer, merkbar fester“ geworden sei.

Als Folge dieser Vorgänge änderte Sasonow am 28. Juli, sobald er von der Kriegserklärung an Serbien erfuhr, seine Sprache und gab wieder Befürchtung vor wegen der Zerschmetterung Serbiens

und der Einnahme einer beherrschenden Stellung auf dem Balkan durch Österreich-Ungarn. Er verlangte jetzt die unverzügliche Einstellung der (noch gar nicht begonnenen) militärischen Operationen gegen Serbien (Russisches Orangebuch Nr. 48, Englisches Blaubuch Nr. 70). Die erhaltenen Zusicherungen bezüglich Serbiens Unabhängigkeit und Integrität waren, so erklärte er nunmehr dem englischen Botschafter, unbefriedigend, falls Serbien von Österreich-Ungarn angegriffen werde; der Mobilmachungsbefehl gegen Österreich werde an dem Tage ausgegeben werden, an dem Österreich die serbische Grenze überschritte (Englisches Blaubuch Nr. 72).

Dieses Ereignis wartete die russische Regierung jedoch keineswegs ab, sondern schritt ungesäumt zur vollständigen Mobilisierung von vier Armeebezirken gegen Österreich-Ungarn. Dem englischen Botschafter gegenüber aber stellte Sasonow am 29. Juli das Verlangen nach einer nachträglichen Feststellung oder Erklärung, um den scharfen Ton des Ultimatus herabzustimmen (Englisches Blaubuch Nr. 78). Er forderte also nunmehr ein Zurückweichen Österreich-Ungarns vor der russischen Drohung. Szapary gegenüber behauptete er jedoch, Wien lehne jeden weiteren Gedankenaustausch ab. Als dieser Irrtum ihm als solcher nachgewiesen und er an die bereits erhaltenen Versprechungen erinnert wurde, erklärte er endlich, in territorialer Hinsicht habe er sich überzeugen lassen, was aber die serbische Souveränität anbelange, müsse er an dem Standpunkt festhalten, daß die Aufzwingung der österreichisch-ungarischen Bedingungen für Serbien ein Vasallentum bedeute (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 19). Ebenso sagte er zu Pourtalès, „Rußlands vitale Interessen verlangten nicht nur Schonung der territorialen Integrität Serbiens, sondern auch, daß Serbien nicht durch Annahme der seine Souveränitätsrechte antastenden österreichischen Forderungen zum Vasallenstaat Österreichs herabsinke. Serbien dürfe kein Buchara werden“. (Deutsche Dokumente Nr. 412.) Dem englischen und französischen Botschafter erklärte er unter Bezugnahme auf dies Gespräch, auch die deutsche Bürgerschaft, daß Österreich-Ungarn die serbische Integrität respektieren werde, genüge ihm nicht (Englisches Blaubuch Nr. 97). Als „äußerstes Maß des Entgegenkommens“ stellte der Minister am 30. Juli die sogenannte Sasonowformel (Deutsche Dokumente Nr. 421, Russisches Orangebuch Nr. 60) auf, in der von Österreich-Ungarn die Aufgabe aller jener Forderungen verlangt wurde, die (nach russischer Ansicht) die souveränen Rechte Serbiens verletzen. Unter diesen Umständen wäre Rußland bereit, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen. Diese Bedingungen sind in Berlin als (für Österreich-Ungarn) unannehmbar angesehen worden (Russisches Orangebuch Nr. 63). Auch Grey suchte ihre Abänderung zu erreichen (Englisches Blaubuch Nr. 103). Sogar Poincaré ist der An-

sicht gewesen, daß Wien diese Forderungen nicht annehmen werde (Englisches Blaubuch Nr. 99).

Trotz der, allerdings sehr wenig energischen, Bitte Greys, seine Forderung im Sinne der englischen Vorschläge, die formell auch von Frankreich befürwortet wurden (siehe Französisches Gelbbuch Nr. 112), abzuändern und Österreich-Ungarn so viel Spielraum zu lassen, daß es durch Besetzung Belgrads oder eines anderen Faustpfandes Sicherheit für die zu gewährende Genugtuung erlange (Englisches Blaubuch Nr. 103), milderte Sasonow am 31. Juli seine Formel nur unwesentlich. Er begnügte sich nunmehr mit der Festsetzung der von Serbien zu gewährenden Genugtuung durch die Großmächte*), verlangte aber die Einstellung der Operationen gegen Serbien, während er seinerseits lediglich eine abwartende Haltung in Aussicht stellte (Russisches Orangebuch Nr. 67). Die russische Mobilmachung sollte als auf jeden Fall ihren Fortgang nehmen.

In jener Zeit hatten die österreichisch-ungarischen Truppen die Donau und Save noch nicht überschritten. Die russische Formel bedeutete also die Ablehnung des von Berlin und London ausgegangenen Vorschlages, daß Österreich-Ungarn nach Besetzung Belgrads oder eines anderen Gebietsteiles als Faustpfand die Vermittlung der Mächte annehmen solle. Der Minister war selbst mit einer formellen Erklärung, Österreich-Ungarn werde weder das serbische Territorium schmälern, noch die serbische Souveränität antasten, noch russische Balkan- oder sonstige Interessen verletzen, nicht zufrieden gestellt (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 74). Nachdem seine sonstigen Bedenken durch österreichische Zusicherungen zerstreut waren, verschanzte er sich hinter der angeblichen Befürchtung eines serbischen Vasallentums, weil er wußte, daß einer derartigen unbeweisbaren und unwiderlegbaren Behauptung mit keinen greifbaren Garantien entgegengetreten werden konnte. Als schließlich Wien die direkten Besprechungen mit Petersburg auf Drängen Deutschlands wieder aufgenommen hatte (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 44, Englisches Blaubuch Nr. 133), machte Sasonow in seinen Runderlassen vom 2. August (Russisches Orangebuch Nr. 77 und 78) die „Würde Serbiens“ geltend, zu deren Wahrung

*) Ursprünglich hatte Sasonow gefordert, daß Österreich-Ungarn nachträglich die Note vom 23. Juli abändere („sich bereit erkläre, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, die die souveränen Rechte Serbiens antasten“; Deutsche Dokumente Nr. 421). Auf Drängen Lichnowskys hat Grey jene für eine Großmacht unannehmbare Forderung gestrichen (Deutsche Dokumente Nr. 439, 460). Sasonow gab in diesem Punkte nach, nicht jedoch in dem ungleich wichtigeren der Besetzung Belgrads. Übrigens ist die sogenannte zweite Sasonowformel, entgegen dem Anschein des russischen Orangebuchs (Nr. 67), weder der deutschen noch der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt worden.

Rußland die Maßnahmen treffen müsse, die sich für die ganze Welt so verhängnisvoll erwiesen haben.

Von seinem Standpunkte aus hatte Sasonow freilich vollkommen recht: Rußland konnte eine Demütigung der Belgrader Regierung nicht zulassen, wenn es Serbien weiter als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn benutzen wollte. Der russische Kriegswille entstand somit nicht spontan unter dem Eindruck des Ultimatus vom 23. Juli, er wurzelte vielmehr in der seit Jahren von Petersburg getriebenen Balkanpolitik.

Daß aber die serbische Frage für Rußland nicht mehr die entscheidende war, nachdem es sich zur allgemeinen Mobilisation entschlossen hatte, hat Sasonow selbst erklärt. Er telegraphierte am 2. August nach London:

Ein anderer Ausweg wäre mit unserer eigenen Würde gänzlich unvereinbar und würde natürlich das europäische Gleichgewicht durch Befestigung der Hegemonie Deutschlands erschüttern. Dieser europäische und Weltcharakter des Konflikts ist unendlich wichtiger, als der Anlaß, der ihn geschaffen hat (Russisches Orangebuch Nr. 78).

V. Die deutsch-russische Krise

1. Die Gefahren militärischer Maßnahmen

Der deutsche Lokalisierungsvorschlag (Deutsche Dokumente Nr. 100), der am 24. Juli in Paris, London und Petersburg mitgeteilt wurde, schloß mit den Worten: „Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konfliktes, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde“. Mit der Möglichkeit eines Eingreifens Rußlands war von vornherein gerechnet worden. Die deutsche Regierung war aber entschlossen, dieser Gefahr mit diplomatischen Mitteln entgegenzutreten, und hat hierzu ihren ursprünglichen Standpunkt (der Nichteinmischung in den austro-serbischen Streit) aufgegeben, sobald feststand, daß eine friedliche Lösung des austro-serbischen Konfliktes nicht möglich sei.

Für die Beurteilung der deutschen Haltung ist wesentlich, daß man in Berlin nicht mit der raschen Ausdehnung des Konfliktes zu einer europäischen Krise rechnete (Deutsche Dokumente Nr. 115, 116, 125). Ungeachtet der Gefahr, die für den Frieden Europas hiermit verbunden war, ergriff jedoch die russische Regierung unmittelbar nach Bekanntwerden des österreichisch-ungarischen Ultimatus an Serbien weitgehende militärische Maßnahmen. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Am 25. Juli sprach der englische Botschafter Sasonow gegenüber persönlich „die ernste